

Aaron Kheriaty

Der medizinische Faschismus

Aaron Kheriaty

Der medizinische Faschismus

Aus der Coronakrise in
den Überwachungsstaat

Übersetzt aus dem amerikanischen Englisch
von Harald Walach

discurso.

Zuschriften, Verbesserungsvorschläge und Kritik

discorso Verlagsgenossenschaft

Unterer Batterieweg 3

CH-4053 Basel

info@discorso.ch

<http://discorso.ch>

Kontaktadresse des Autors: hw@discorso.ch

Bibliografische Information

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet abrufbar unter <http://dnb.d-nb.de>.

Alle Rechte vorbehalten

© 2027 discorso Verlagsgenossenschaft, Basel

Dieses Werk ist, einschliesslich aller seiner Teile, urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in Datenverarbeitungsanlagen oder sonstige elektronische Systeme. Vervielfältigungen des Werks oder von Teilen des Werks sind im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweiligen Fassung zulässig.

ISBN: 978-3-9997-0002-1

ISBN: 978-3-9997-0003-8 (E-Book)

Übersetzung: Harald Walach mit Hilfe von DeepL, nachbearbeitet von Jana Gelleni Cancellaro

Englisches Original: The New Abnormal: The Rise of the Biomedical Security State, Washington: Regnery, 2022

Planung: Rolf Lenzen, Wessobrunn

Lektorat: Jana Gelleni Cancellaro, Porta Westfalica, und Rolf Lenzen, Wessobrunn

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin, unter Verwendung eines Fotos von AdobeStock

Satz: InnoSET, Kehrseiten

Produktion: publishing support, München

Aktuelle Informationen finden Sie im Internet unter <http://discorso.ch>

Für meine Frau Jennifer, die schon vor langer Zeit erkannte,
welche Gefahren sich zusammenbrauen:

Du hast Dich der «neuen Normalität» widersetzt und mir Mut
gemacht, Widerstand zu leisten.

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	9
Vorwort discorso	11
Prolog	15
 Kapitel 1	
Weggesperrt: Der biomedizinische Überwachungsstaat	33
 Kapitel 2	
Abgeriegelt und ausgesperrt: Ein neues Gesellschafts-Paradigma	121
 Kapitel 3	
Eingesperrt: Die kommende technokratische Dystopie	211
 Kapitel 4	
Freiheit zurückgewinnen: Menschliche Entfaltung und Verwurzelung	285
 Epilog	345
Über den Autor	377
Anmerkungen	379
Index	399

Vorwort di:corso.

**Von Rolf Lenzen
und Harald Walach**

Das Buch von Aaron Kheriaty sei unseren deutschsprachigen Lesern besonders ans Herz gelegt. In den USA gilt es als ausgewiesenes Referenzwerk für die Aufarbeitung der Corona-Jahre. Hier blickt ein US-amerikanischer Arzt und Hochschullehrer auf die Krise und öffnet eine wichtige Perspektive. Denn Kheriaty beginnt seine Aufarbeitung mit der Geschichte der Eugenik und landet ... in Deutschland. In den *Nürnberger Prozessen* wurden die «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» – völkerrechtlich 1945 im *Londoner Statut* definiert – erstmals juristisch geahndet. Unter den Verurteilten: 16 Ärzte.

Etwa 45 Prozent der deutschen Ärzteschaft waren NSDAP-Mitglieder, Ärzte stellten die mit Abstand höchste Mitgliedsquote unter Akademikern (gegenüber Lehrern und Juristen mit jeweils ca. 25 Prozent). Die *Nürnberger Ärzteprozesse* galten einer Berufsgruppe, die frei war, akademisch gebildet und nur vereinzelt staatlich gebunden oder verbeamtet. Zudem haben Ärzte – im Unterschied zu den meisten anderen Professionen – eine eigene Berufsethik, damals im *Hippokratischen Eid* gefasst. Warum waren es dann ausgerechnet Ärzte, die sich so tief in die Kernverbrechen des NS-Regimes hineinziehen liessen?

An diese Frage lässt sich eine zweite knüpfen: Warum waren es im Jahr 2020 und danach wieder vor allem Ärzte, die sich zu überwiegenden Teilen bedingungslos an die Seite eines zunehmend totalitär agierenden Staates stellten? Die Corona-Massnahmen, wie etwa das Maskentragen, waren wissenschaftlich evidenzbefreit, und ebenso war von vornherein absehbar, dass Lockdowns mehr Schaden anrichten als sie Nutzen bringen und dass die Leidtragenden in erster Linie die Kinder und Jugendlichen sein würden.

Auch das ebenso überzeugte wie unkritische Entstehen der offiziellen Ärzteschaft für eine lediglich bedingt zugelassene «Impfung» gegen COVID-19 bleibt unverständlich. Dass die zum Corona-Impfstoff erhobene modRNA-Injektion weder vor einer Infektion zu schützen vermochte noch einen Fremdschutz bot, war den Entscheidungsträgern nachweislich vor der Markteinführung dieser Mittel bekannt. Ärzte hätten dies wissen können und müssen.

Doch damit nicht genug: Die verfasste Ärzteschaft hat Kollegen, die sich schützend vor ihre Patienten stellten, unnachgiebig verfolgt, sanktioniert und die staatlichen Institutionen bei der Verfolgung ihrer Berufskollegen aktiv unterstützt.

Das Verhalten des ärztlichen Establishments während der Corona-Krise war der schwerwiegendste Einschnitt seit den Verbrechen der Nazi-Zeit. Das Vertrauen in die Medizin und in weite Teile der Ärzteschaft ist erodiert und schwindet weiterhin. Denn öffentlich die modRNA/LNP-Technologie als unbedenklich und sogar als nebenwirkungsfrei zu empfehlen, bis hin zu einer Impfpflicht, übersteigt das Mass an Verantwortung, die ein Mensch zu übernehmen imstande ist. Und sie halten nicht inne.

Der kanadische klinische Psychologe Jordan B. Peterson erinnerte jüngst an das Konzept des Religionsphilosophen Mircea Eliade.

Sinn, Ordnung, Transformation und Identität sind nach Eliade tief in sakralen Mustern verwurzelt. Jeder Mensch braucht das Heilige in sich, das für ihn höchste Bedeutung hat und das allein Orientierung bietet. Es ist zu wünschen, dass die Ärzteschaft sich wieder auf das Heilige besinnt, auf den Schutz des Patienten und die Demut vor der Schöpfung.

Ebenfalls wünschenswert ist, dass die Ärzteschaft zurück in einen offenen wissenschaftlichen Diskurs findet. Medizin ist zwar keine Naturwissenschaft, doch jeder Arzt muss diese so weit beherrschen, dass er Risiken für Mitmenschen richtig einschätzen kann. Die Risiken der modRNA/LNP-Technologie für das menschliche Immunsystem bedarf lediglich einiger Grundkenntnisse in Biochemie und Zellbiologie. Und die Widersprüche in der staatlichen Inzidenzstatistik waren mit einem Dreisatz zu entlarven.

Vertrauen bedingt Wahrhaftigkeit. Erst wenn sich die etablierte Ärzteschaft wieder auf ihre Verantwortung besinnt, ihren offenkundigen Hang zum Konformismus überwindet und ihre offengelegten Straftaten eingesteht, werden wir wieder zu einer am Menschen orientierten Medizin zurückfinden. Dieser Teil der Aufarbeitung liegt zuerst in den Händen der Ärzte.

Doch seit 2020 greift *The New Abnormal* – so Aaron Kheriatys Originaltitel – weiter. Vor allem in Europa bestimmt ein zunehmend zerfallendes Staatswesen mehr und mehr den Alltag. Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen, dass die Corona-Massnahmen weit mehr waren als lediglich eine staatlich initiierte gesundheitspolitische Entgleisung. Mit der Offenlegung der Protokolle des Robert Koch Instituts wurde der letzte Zweifel ausgeräumt. Die getroffenen Entscheidungen waren ausschliesslich machtpolitisch und nicht gesundheitspolitisch motiviert. Heute ist es an uns Bürgern, selbst wieder politische Verantwortung zu übernehmen und diesen Staat neu auf- und auszurichten. Dies geht nur über eine lückenlo-

Verfassungsmässigkeit von Impfvorschriften infrage zu stellen. Dieses Buch stützt sich nicht nur auf meine Forschungen in den Bereichen Ethik und öffentliche Ordnung, sondern auch auf meine Arbeit als Arzt und Anwalt für die Patienten in den vergangenen drei Jahren. Diese Arbeit führte mich von der medizinischen Front in Krankenhäusern und Kliniken, in denen ich Patienten behandelte, von denen viele mit SARS-CoV-2 infiziert waren und von denen einige starben, bis ins Zentrum der Macht – in den Kongress und in die Bundesgerichte. Meine Widersacher dort waren die *University of California* (UC), die *Centers for Disease Control and Prevention* (CDC), die *Food and Drug Administration*¹⁵ (FDA) und die damalige Regierung unter Joe Biden. Im Zentrum der Auseinandersetzung standen die Pandemiemassnahmen, Datentransparenz sowie Zensur in Wissenschaft und Politik.

Der biomedizinische Überwachungsstaat ist auf Widerstand gestossen, wenn auch noch nicht in ausreichendem Mass. International hat sich eine Allianz aus Ärzten, unabhängigen Journalisten, aus Rechtsanwälten und Bürgern entwickelt. Sie engagieren sich dafür, widerstandsfähige Gemeinschaften zu bilden, die in der Lage sind, wachsende Gefahren aufzudecken und eine weitere Unterwanderung unserer Regierungsinstitutionen zu verhindern. Obwohl angebliche Sachzwänge und Fatalismus zentrale Merkmale dieser neuen Doktrin sind, können wir die damit einhergehende Bedrohung durch Zuversicht, Aufklärung, Öffnung des Diskursraums und durch Solidarität überwinden. Im abschliessenden Kapitel erkläre ich, wie wir uns sinnvoll gegen die neuen Gefahren durch ins Privatleben eingreifende Überwachung und autoritäre soziale Kontrolle wehren können, damit wir unsere Freiheit zurückgewinnen und gemeinsam eine Zukunft gestalten, die Mensch und Natur gerecht wird.

1 Weggesperrt: Der biomedizinische Überwachungsstaat

Die Menschen haben sich so sehr daran gewöhnt, in einem Zustand ständiger Krisen und Notlagen zu leben, dass sie nicht mehr zu bemerken scheinen, dass ihr Leben auf einen rein biologischen Zustand reduziert wurde. Das Leben verliert nicht nur seine soziale und politische, sondern auch seine menschliche und affektive Dimension. Eine Gesellschaft, die in einem ständigen Ausnahmezustand lebt, kann nicht frei sein.

Giorgio Agamben, An welchem Punkt stehen wir?

Die Epidemie als Politik

Zu Beginn des Jahres 2022 entstand eine neue Form von Graswurzelbewegung: Die Arbeiterklasse begann, sich politisch zu engagieren. Der Ruf nach medizinischer Selbstbestimmung wurde zuerst in Kanada laut, was die Regierung überraschte und erschreckte. Fernfahrer fuhren in einem kilometerlangen *Freedom Convoy* in Richtung der kanadischen Hauptstadt Ottawa, blockierten mit ihren Lastwagen die Innenstadt und richteten sich dort auf eine längere Aktion ein. Diese innovative Form des Protests war ursprünglich als Reaktion auf die von Premierminister Justin Trudeau eingeführten Impfpässe entstanden, die an der kanadischen Grenze zu den USA vorzuzeigen waren. Anstatt sich mit den Lkw-Fahrern zu treffen, um ihre Anliegen zu be-

sprechen, floh Trudeau wie ein verängstigtes Kind aus der Hauptstadt.

In anderen Ländern folgten Truckerkonvois diesem Beispiel, auch in den Vereinigten Staaten. Im Februar 2022 fand ich mich unvermittelt in Zoom-Konferenzen mit den Organisatoren des *People's Convoy* wieder, der von Kalifornien nach Washington, in die Hauptstadt, und zurück fuhr. Zwei Monate später schlossen sich die Fernfahrer unserer zweiten Demonstration *Defeat the Mandates (Bekämpft die Impfpflicht!)* in Los Angeles an. Es war mir eine Ehre, dort die Rednerbühne mit den Anführern des US-Konvois zu teilen. Sie waren ein Beispiel für das, was Edmund Burke, der Begründer des modernen Konservatismus, im Jahr 1790 als *little platoons* bezeichnete: selbst organisierte Gruppen von einfachen Bürgern. Eine solche Art der Initiative nannte Alexis de Tocqueville einst beispielhaft für bestes bürgerliches Engagement in Amerika. Sowohl die Lkw-Fahrer als auch die Ärzte, die auf der Demonstration referierten, setzten sich für die Beendigung des Ausnahmezustands und den Stopp der Coronaauflagen ein, wobei sowohl der Ausnahmezustand als auch die Massnahmen gegen das Virus zwei Kernelemente des entstehenden biomedizinischen Überwachungsstaats sind.

Die Proteste der kanadischen Fernfahrer und der anschliessende US-Konvoi verliefen vollkommen friedlich: Es ist bemerkenswert, dass sie wochenlang ohne einen einzigen gewalttätigen Zwischenfall fortgesetzt wurden. Bis die kanadische Polizei einige der Trucker in Ottawa provozierte und Trudeaus Polizeieinheiten in der Folge hart durchgriffen, um die Lkw-Fahrer aus der Stadt zu vertreiben. Bis dahin bestand der kanadische Protest aus Tausenden von Bürgern, die sich an den Händen hielten, auf den Bürgersteigen tanzten, sangen und Streethockey spielten, während Kinder auf Hüpfburgen herumtollten und Eltern sich in Whirlpools entspann-

ten. Kritiker behaupteten, es sah bisweilen wie ein gigantisches Strassenfest aus. Das mag sein, doch zumindest war es eine Gruppe von Bürgern, die gemeinsam und solidarisch von ihrem Recht auf Versammlungs- und Redefreiheit Gebrauch machten. Zudem war es eine willkommene Abwechslung von der bürgerlichen Ödnis der Lockdowns.

Die lebhaften und spielerischen Szenen, die in den Sozialen Medien die Runde machten, zeigten, dass die Kanadier nach Monaten der erzwungenen Isolation zusammen sein wollten, sogar im Freien bei eisiger Kälte. Das waren kaum die Vorboten eines aufrührerischen Umsturzes. Dennoch arbeiteten die kommerziellen und staatsorientierten kanadischen Medien wochenlang daran, die Lkw-Fahrer zu verunglimpfen. Schlimmstenfalls wurden sie als Neonazis und bestenfalls als der «Abschaum der Gesellschaft» verleumdet. Die Wirklichkeit vor Ort widerlegte diese medialen Verleumdungen. Selbst als eine übergriffige Polizei den Treibstoff beschlagnahmte, mit dem sich die Fernfahrer nachts warm hielten, blieb die Reaktion der Demonstranten durchweg gewaltfrei. Diese und ihre Verbündeten zeigten Zurückhaltung und ein aussergewöhnliches Durchhaltevermögen als Reaktion auf die massiven staatlichen und unternehmerischen Kräfte, die gegen sie aufgefahren wurden.

Premierminister Trudeau war immer noch nicht bereit, den Truckern selbst gegenüberzutreten und sich mit den wütenden Bürgern seines Landes zu treffen. Vielmehr berief er sich zum ersten Mal in der kanadischen Geschichte auf das Notstandsgesetz. Nun ausgestattet mit noch nie dagewesenen Befugnissen, liess er die Polizei die Lkw-Fahrer gewaltsam aus der Stadt entfernen. In einem Akt autoritärer Hybris liess Trudeau ohne richterlichen Beschluss Bankkonten einfrieren – die von Demonstranten und von Kanadiern, die für den Freiheitskonvoi Geld gespendet hatten.¹⁶ Private

Banken und Investmentfirmen befolgten diese Anweisung nicht etwa widerwillig, sondern recht eifrig. Sie wandten sich in voraus-eilendem Gehorsam gegen ihre eigenen Kunden, um die Gesellschaft von diesen unsauberen Elementen zu befreien.¹⁷ Stellen Sie sich vor, Sie spenden an einem Tag fünfzig Dollar für den Konvoi und gehen am nächsten Tag zum Geldautomaten, nur um festzustellen, dass Ihr Konto gesperrt wurde.

Die *Canadian Civil Liberties Association* (CCLA; Kanadische Bürgerrechtsvereinigung) erklärte daraufhin, dass die Bundesregierung die für die Anwendung des Notstandsgesetzes erforderlichen Voraussetzungen übergangen habe: «Dieses Gesetz erfordert aus gutem Grund hohe und klar umrissene Voraussetzungen: Das Gesetz erlaubt es der Regierung, die sonst üblichen demokratischen Prozesse zu umgehen. Die Voraussetzungen dafür waren jedoch nicht gegeben.» Unter Berufung auf den Wortlaut des Gesetzes führte die Vereinigung weiter aus, dass das Notstandsgesetz nur in Anspruch genommen werden kann, wenn eine Situation «die Handlungsfähigkeit der kanadischen Regierung, die Souveränität, Sicherheit und territoriale Integrität Kanadas ernsthaft bedroht» und wenn die Situation «auf keiner anderen nationalen Gesetzesgrundlage wirksam bewältigt werden kann». Die CCLA wies zu Recht darauf hin, dass «Regierungen mithilfe der ihnen übertragenen Befugnisse und ihrer gewählten Organe regelmässig mit schwierigen Situationen umgehen müssen». Sie schlossen mit der Warnung: «Die Notstandsgesetzgebung darf nicht der Normalzustand werden. Sie bedroht unsere Demokratie und unsere bürgerlichen Freiheiten.»¹⁸

Das Trudeau-Regime ignorierte diese Einwände. Stattdessen liess es erneut seine autoritären Muskeln spielen. Die Organisatoren des Konvois wurden verhaftet, und die Behörden weigerten sich, sie auf Kautions freizulassen. Der kanadische Theologe Douglas Farrow kommentierte diesen Vorfall wie folgt:

«In Ottawa [...] wurde die Sicherheit erst dann als gewährleistet angesehen, als Tamara Lich, eine Organisatorin des Freedom Convoy, der eine Kautions verweigert worden war, mit Fussfesseln ins Gericht gebracht wurde. Der Richter ordnete ihre Entfernung an, doch das kanadische Äquivalent des Wohlfahrtsausschusses¹⁹ wollte klarstellen: Widerstand ist verboten. Wer sich auflehnt, wird aus dem Weg geräumt. Das Vermögen wird beschlagnahmt. Der Gulag erwartet Sie.»²⁰

In der gleichen Woche, in der ich eine Zoom-Konferenz mit den Organisatoren des *People's Convoy* der US-Trucker hatte, veröffentlichte das *Department of Homeland Security* (DHS, US-Ministerium für Heimatschutz) eine Warnung vor nicht autorisierten Online-Statements und öffentlichen Versammlungen, die gegen eine Impfpflicht gerichtet waren. Die Behörden hatten offenbar Wind bekommen von den Konvoiplänen der Lkw-Fahrer und befürchteten, dass sie die Kontrolle über das Pandemie-Narrativ verlieren könnten. Dem DHS-Bulletin zufolge sollten diejenigen, die aus Sicht der Regierung «Fehlinformationen» über die Pandemie verbreiteten und damit das Vertrauen der Öffentlichkeit in die US-Regierung untergruben, als «nationale terroristische» Bedrohung eingestuft werden.

Die Botschaft war offensichtlich: Wer die von der Regierung vorgegebene Pandemiepolitik infrage stellte, auch unter Bezugnahme auf das Recht zur freien Meinungsäußerung oder Versammlungsfreiheit nach dem Ersten Verfassungszusatz der US-Verfassung, wer sich öffentlich zu Wort meldete oder gegen Vorschriften protestierte, konnte vom DHS als «nationale Gefährdung» oder als «primäre terrorismusbezogene Bedrohung» betrachtet werden. Auch war es möglich, als jemand hingestellt zu werden, der durch den «Konsum bestimmter Online-Kanäle aufgehetzt wurde, in denen nationale

Krisen überzogen dargestellt werden».²¹ Dabei ist bemerkenswert, dass die Behörden Behauptungen nicht als «falsch oder irreführend» bezeichneten, wenn sie empirischen Beweisen oder wissenschaftlichen Erkenntnissen widersprachen, sondern wenn sie «das öffentliche Vertrauen in die Institutionen der US-Regierung»²² untergruben.

Im Bulletin wurde die unbequeme Tatsache übersehen, dass das Vertrauen in die Regierungsinstitutionen vor allem durch eine verfehlte Pandemiepolitik und durch ihre manipulativen öffentlichen Botschaften geschädigt wurde, was wir im nächsten Kapitel untersuchen. Nach Auffassung des DHS – einer Bundesbehörde, die erst im Jahr 2002, nach den Anschlägen vom 11. September, gegründet wurde, gegenwärtig aber über einen Jahreshaushalt von 52 Milliarden Dollar verfügt – liegt das eigentliche Problem bei denjenigen, die diese Politik online oder auf öffentlichen Versammlungen kritisieren.

Im erwähnten Dokument geht das rigoros genutzte Mittel der Zensur und die koordinierte Unterdrückung abweichender Meinungen durch die US-Bundesregierung so weit, dass Kritiker beschuldigt werden, den nationalen Terrorismus zu schüren. Diese Bedrohung nahm das DHS ernst und kündigte im April 2022 an, ein eigenes *Disinformation Governance Board* (eine «Leitungsgruppe Desinformation») einzurichten. Dies geschah nur wenige Tage, nachdem Elon Musk, ein Verfechter der freien Meinungsäußerung, angekündigt hatte, Twitter kaufen zu wollen. Nach dieser Ankündigung des DHS wurde der von Orwell genutzte Ausdruck «Wahrheitsministerium» – *Ministry of Truth* – auf Twitter zum Hype.

Nina Jankowicz sollte die erste geschäftsführende Direktorin an der Spitze des föderalen *Disinformation Governance Board* werden. Sie ist Autorin der Bücher *How to Lose the Information War* (Wie man den Informationskrieg verliert) und *How to Be a Woman Online*

(*Wie man als Frau online agiert*). Als Jankowicz im Jahr 2021 eine Studie mit dem Titel *Malign Creativity: How Gender, Sex, and Lies are Weaponized Against Women Online*²³ (Bösartige Kreativität: Wie im Internet Geschlecht, Sex und Lügen als Waffen gegen Frauen eingesetzt werden) veröffentlichte, erklärte sie, dass bezüglich Desinformationsnarrativen «die grösste Herausforderung bei der Identifizierung solcher Inhalte sowohl für unser Team als auch für die Plattformen das ist, was wir als «bösartige Kreativität» bezeichnet haben – die verschlüsselte Sprache, Memes und kontextbezogene Inhalte, die es ermöglichen, dass verbotene Beiträge nicht entdeckt werden.»²⁴ Mit anderen Worten: Es ist sehr schwierig, Desinformation zu unterbinden, da sie oft so subtil und kontextabhängig ist, dass die Zensoren sie nicht leicht erkennen können. 2021 postete Jankowicz auf Twitter: «Und noch einmal für die Leute in der letzten Reihe: Die Gegenüberstellung von Redefreiheit und Zensur ist eine falsche Dichotomie.»²⁵ Das war mir entfallen.

Das neue «Wahrheitsministerium» war unmittelbar der Behörde unterstellt, die für den Inlandsgeheimdienst und die Strafverfolgung zuständig ist – und die nicht unbedingt für Transparenz steht. Ein Blogger, der für seinen ironischen Witz bekannt ist, formulierte es so: «Das DHS ist das Land der Geheimgerichte, der geheimen Haftbefehle und der verfassungswidrigen Exzesse des *Patriot Act*²⁶, – besonders dann, wenn man auch nur das Wort «Russen» flüstert und Wörter wie «Wahlen» oder «öffentliche Sicherheit» hinzufügt. Dann treten sofort die ausländischen Spione und Sicherheitskräfte auf den Plan.»²⁷

Nach dieser Ankündigung wurde das Disinformation Governance Board von Verfechtern der Meinungsfreiheit unerwartet heftig kritisiert. Jankowicz trat zurück, und das ganze Projekt wurde vorübergehend auf Eis gelegt. Im August 2022 wurde es endgültig eingestellt – nicht etwa, weil die Regierung ihre Meinung über dessen

2 Abgeriegelt und ausgesperrt: Ein neues Gesellschafts-Paradigma

*Die ganze Erde ist unser Krankenhaus
Gestiftet von einem ruinierten Millionär,
In dem wir, wenn es gut geht,
An der absoluten väterlichen Fürsorge sterben
Die uns nicht verlässt, sondern an allem hindert.*

T. S. Eliot, East Coker

Im Jahr 2021 wurde das weltgeschichtlich grösste Experiment am Menschen durchgeführt – ohne informierte Zustimmung. Das Experiment ist gescheitert.

In den letzten Wochen jenes Jahres fand ich mich im Rampenlicht der nationalen Medien wieder. Die Schlagzeile *University ethics professor fired for challenging the ethics of the University's vaccine mandate* (Universitäts-Ethikprofessor gefeuert, weil er die Ethik der universitären Impfpflicht infrage stellte) erregte die Aufmerksamkeit einer müden und besorgten Öffentlichkeit, die von einer autoritären und unlogischen Pandemiepolitik gequält und schikaniert wurde. Im Januar 2022 stand ich auf den Stufen des Lincoln Memorials, um zu einer Menge von 40 000 Menschen zu sprechen. Wir hatten uns bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt in der Hauptstadt versammelt, um uns gegen die überbordenden Beschränkungen und Zwangsmassnahmen zu wehren. Beim Blick

nach unten fiel mir eine Marmorplatte neben dem Podium auf, die an Martin Luther Kings *I Have a Dream*-Rede erinnerte, die er vor fünfzig Jahren genau an dieser Stelle gehalten hatte. Am nächsten Tag sagte ich vor einem Gremium des US-Senats aus, um eine «zweite Meinung» zu den Massnahmen in Bezug auf die Coronapandemie abzugeben. In diesem Kapitel erzähle ich die Vorgeschichte, wie ich dazu gekommen bin, und berichte über meine juristischen Auseinandersetzungen mit den CDC und der FDA.

In meiner Rede am Lincoln Memorial erinnerte ich die Teilnehmer der ersten *Defeat the Mandates*-Demonstration gegen die Impfpflicht daran, dass es bei den Problemen, mit denen wir konfrontiert waren, um viel mehr ging als um Lockdowns, Impfvorschriften und -pässe. Dies waren lediglich erste Schritte auf dem Weg zu einem neuen Paradigma, das sich auf die gesamte Gesellschaft auswirken würde. «Wir erleben die Entstehung eines neuen Biosicherheits-Überwachungssystems, das von nicht gewählten Technokraten geleitet wird», erklärte ich. «Die Verschmelzung von digitalen Technologien, öffentlicher Gesundheit und Polizeigewalt führt zu beispiellosen Eingriffen in unsere Privatsphäre und zu invasiven Methoden der Überwachung und autoritären Kontrolle.» Lassen Sie mich erläutern, wie sich die Anfangsphase dieser Infrastruktur während der Pandemie gestaltete.

«Ihre Papiere, bitte»

Im Jahr 2021 wurden die COVID-19-Impfvorschriften mit einem neuartigen System von Impfpässen und digitaler Überwachung verknüpft, das aus zahlreichen Einflussbereichen diskriminierende «Papiere, bitte»-Regime machte. Die Omikron-Welle Ende des Jahres zeigte, dass weder die Impfpflicht noch die -pässe die Ausbreitung

des Virus aufhalten konnten. Im März 2022 wurden diese Massnahmen vielerorts abgeschafft, doch an einigen Einrichtungen wie der UC, an der ich arbeitete, blieben die Vorschriften bestehen. Obwohl die meisten Rechtssysteme die Impfpässe wieder abschafften, hatte sich das Experiment bereits als erfolgreich erwiesen.

Lassen Sie uns rekapitulieren, wie die Impfpässe funktionierten. Im Dezember 2021 besuchte ein Verwandter von mir, der ungenannt bleiben soll, ein Basketballspiel der Sacramento Kings. Am Eingang zur Arena hatten sich drei Schlangen gebildet: (1) Impfnachweis, (2) Coronaschnelltest und (3) Nachweis eines kürzlich erbrachten negativen Tests. Mein Verwandter war geimpft und hätte seinen digitalen Impfpass als Beweis vorzeigen können, doch er wollte einen Schnelltest machen, um zu sehen, ob er vom Coronavirus betroffen war. Er wurde positiv getestet. Daraufhin wechselte er von der Schnelltest-Schlange in die Schlange der Geimpften, zeigte seinen Impfpass vor und erhielt Zutritt.

Zwei Monate zuvor, im September 2021, gingen drei schwarze Frauen im Carmine's, einem gehobenen Restaurant in Manhattan, essen. Die Kellnerin verlangte, die Impfpässe der sie begleitenden Männer zu sehen, die die Herren jedoch nicht dabei hatten. Daraufhin kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Frauen und der Kellnerin. Die Polizei wurde zu dem Vorfall gerufen. Trotz körperlich aggressiver Handlungen, die sowohl von den schwarzen Frauen als auch von der weissen Servicekraft gefilmt wurden, wurden nur die farbigen Frauen verhaftet. Die *New York Times* berichtete, dass die Kellnerin die Frauen angeblich rassistisch beleidigt, herablassend mit den Gästen gesprochen und angedeutet hätte, dass ihre Impfausweise gefälscht seien.¹¹²

Während der gesamten Massenimpfkampagne wussten wir, dass Schwarze – die historisch verständliche Gründe für ihr Misstrauen gegenüber dem öffentlichen Gesundheitswesen haben – in unver-

hältnismässig hohem Mass ungeimpft blieben. Dies machte den Impfpass, wie die im Prolog beschriebene Eugenik-Politik, de facto zu einer Form der Rassendiskriminierung. Die drei Frauen, die lediglich in einem anständigen Restaurant in Manhattan essen wollten, wurden dafür bestraft, dass sie sich der heimtückisch angelegten, auf Rasse und Klasse basierenden Segregationspolitik der Impfpässe widersetzen.

Die gesellschaftliche Ausgrenzung war fest im System verankert. Die politischen Entscheidungsträger gaben offen zu, dass der Impfpass darauf abzielte, den Ungeimpften das Leben so unangenehm zu machen, dass sie sich schliesslich doch impfen lassen würden. Auf vorhersehbare Weise verfestigten diese Massnahmen diskriminierende Praktiken unter dem dünnen Deckmantel der öffentlichen Gesundheit. Die Besorgnis der Schwarzen über die diskriminierenden Auswirkungen dieser Politik wurde durch die New Yorker Vorgehensweise hinsichtlich der Massenimpfung nicht gemildert. Die *New York Times* berichtete im August 2021:

«Einer der drei Impfstoffe – der Einfachimpfstoff von Johnson & Johnson – war unter anderem für schwarze und lateinamerikanische Gemeinden bestimmt. Er erforderte nur eine Impfung – nicht zwei wie die Impfstoffe von Moderna und Pfizer – und hatte weniger aufwendige Kühlungsanforderungen. Viele Regierungsbeamte hielten ihn für die offensichtliche Wahl für die temporären Impfzentren in Sozialwohnungen und Kirchen, die im Mittelpunkt des Regierungsplans zur Impfung von Minderheitenvierteln standen.»¹¹³

Laut den der FDA vorgelegten Daten aus klinischen Studien war dieser Impfstoff weniger wirksam als die beiden anderen. Im Februar 2021 stoppte die US-Regierung vorübergehend die Verwendung dieses Impfstoffs aufgrund von Berichten über Blutgerinnsel, und im

darauffolgenden Jahr empfahl die FDA, dass der Johnson-&-Johnson-Impfstoff aufgrund der anhaltenden Besorgnis über Thrombosen nur bei Personen verwendet werden sollte, die die anderen Impfstoffe nicht vertrugen. Zu diesem Zeitpunkt war das Vakzin jedoch bereits in grossem Umfang als bevorzugter Impfstoff für Minderheiten eingesetzt worden. Diese Enthüllungen haben, wie Sie sich vorstellen können, das Vertrauen der Schwarzen in das öffentliche Gesundheitswesen nicht wiederhergestellt.

Doch die ungleichen Auswirkungen der Impfpässe waren nur einer ihrer zahlreichen gravierenden Mängel. Mehr als ein Jahr lang akzeptierten die Menschen als Routinebedingung für das Reisen, Arbeiten und den Zugang zu öffentlichen Räumen ein System der Überwachung und Kontrolle, das noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre. Hätte vor der Pandemie jemand ernsthaft vorgeschlagen, Kontrollpunkte einzurichten, an denen die Bürger einen QR-Code vorzeigen müssten, der beweisen würde, dass sie der Injektion eines neuartigen Impfstoffs zugestimmt hatten – mit der damit verbundenen Weitergabe privater Gesundheitsdaten an einen Fremden –, um ein Flugzeug zu besteigen, einen Zug zu benutzen, ein Restaurant zu besuchen, an einer öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen oder wieder in ihr eigenes Land einzureisen, hätten sich die Bürger sofort empört. Der Einsatz von Angst während der Coronazeit schuf ein soziales und psychologisches Klima, in dem sich die Bürger diesem System der Überwachung und Kontrolle ohne grossen Widerstand fügten.

Freizügigkeit, Versammlungsfreiheit, Aufenthaltsrecht im eigenen Land, Zugang zu öffentlichen Räumen und Veranstaltungen – all dies wurde schnell von Grundrechten zu Privilegien, die von den Regierungen als Belohnung für gutes Verhalten gewährt wurden. Die Umwandlung dieser Rechte in Privilegien verlangte einen enormen Druck: durch lange Lockdowns, gefolgt von dem Versprechen,

dass die Impfung die einzige Möglichkeit sei, wieder ein normales Leben zu führen. Die Menschen akzeptierten diesen Handel unter psychischem Zwang. Nach dem wiederholten Trauma ständiger Lockdowns waren die meisten Bürger bereit, so gut wie alles zu tun, wenn dies eine Rückkehr zum normalen gesellschaftlichen Leben bedeutete, das plötzlich abhandengekommen war.

Die meisten europäischen Länder wie auch zahlreiche Städte und Bezirke in den USA führten im Jahr 2021 Impfpass-Systeme ein. Australien, Kanada, Neuseeland, Japan, Uruguay und Argentinien entschieden sich ebenfalls für Impfpässe. Diese waren nicht nur erforderlich, um zu reisen, öffentliche Gebäude zu betreten und grundlegende Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, sondern sogar, um im eigenen Land zu arbeiten.¹¹⁴ Dieses System verschärfte die Zweiklassengesellschaft, zu deren Entstehung die Lockdowns beigetragen hatten, indem es die soziale Spaltung vorantrieb und einen Grossteil der Bevölkerung stigmatisierte.

Die Impfpass-Systeme wurden nicht an Ort und Stelle erfunden, um das Coronavirus zu bekämpfen: Die Pläne dafür waren der Pandemie vorausgegangen. So wurde beispielsweise das Impfpass-Zertifikat der Europäischen Union im Jahr 2018 entwickelt – mehr als ein Jahr vor dem ersten COVID-19-Fall. Der Plan der EU sah vor, dass sämtliche Bürgerinnen und Bürger bis 2022 einen Impfpass erhalten sollten, doch die Pandemie beschleunigte diesen Prozess, sodass dieses Ziel bereits 2021 erreicht wurde. Während der ausgerufenen Pandemie konnten italienische Staatsbürger ohne den Grünen Pass der EU – der am 1. Juli 2021 von 27 Mitgliedstaaten eingeführt wurde – nicht arbeiten, und in vielen anderen europäischen Ländern hatten die Bürger keinen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Schulen oder Universitäten. Der Grüne Pass war notwendig, um Restaurants, Bars, Museen, Supermärkte, Fitnessstudios, Bibliotheken und andere öffentliche Ein-

richtungen zu betreten. Der EU-Impfpass fungierte als ein System harter Ausgrenzung.¹¹⁵

Die Definition des «vollständigen Impfschutzes» wurde mit der Einführung von Auffrischungsimpfungen zu einem beweglichen Ziel, sodass der durch einen Impfpass gewährte Zugang nur vorübergehend gegeben war. Ironischerweise wurde dieses Vorgehen dadurch verschärft, dass die Impfstoffe keinen langfristigen Schutz gegen das Virus boten und die unbegründete Hoffnung bestand, dass zusätzliche Dosen diesen Mangel beheben würden, obwohl es wenige bis gar keine Daten gab, die dies hätten belegen können. Auffrischungsimpfungen erinnerten daran, dass es sich bei diesen Pässen nicht um echte Pässe handelte, die über ein festgelegtes und unveränderliches Verfallsdatum verfügen. Impf-«Pässe» waren in Wirklichkeit befristete Lizenzen für ein «normales» Leben: Die Erlaubnis der Regierung, sich in der Zivilgesellschaft zu bewegen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, konnte jederzeit widerrufen werden.

Ein Reisepass ist ein Dokument, das einen ermächtigt, in ein fremdes Land einzureisen. Im Normalfall benötigen wir keine Erlaubnis, um unser eigenes Land zu verlassen: mit einem Flugzeug oder Ballon aufsteigen oder per Boot über den Ozean segeln, so weit wie möglich. Im Raumschiff kann sogar der Mond erreicht werden. Für eine Landung auf fremdem Erdboden ist jedoch eine Genehmigung vonnöten. Wenn Impfpässe übliche Pässe wären, machten sie jeden Menschen zu einem Fremden im eigenen Land. Dies wäre im wahrsten Sinne des Wortes die entfremdendste Innenpolitik, die es je gegeben hätte. Unter einem Impfpass-Regime wären wir heimatlos, jeder ein Exilant – ein Fremder in einem fremden Land. Wird geleugnet, dass Impfpässe dies bewirken, muss zugegeben werden, dass es sich nicht um Pässe im eigentlichen Sinn handelt, sondern, wie ich bereits angedeutet habe, um befristete Lizenzen zum Leben.

4 Freiheit zurückgewinnen: Menschliche Entfaltung und Verwurzelung

*Solange sie sich nicht ihrer selbst bewusst werden, werden sie
niemals rebellieren,
und solange sie nicht rebelliert haben, werden sie sich nicht ihrer
selbst bewusst.*

George Orwell, 1984

Wir können bereits die zentralen Merkmale des Medizinischen Faschismus, der neuen Abnormalität zusammenfassen. Der wachsende biomedizinische Überwachungsstaat ...

- 1 ... beginnt mit der Militarisierung des öffentlichen Gesundheitswesens und führt zu dessen Verschmelzung mit der Polizeigewalt des Staates, die durch digitale Überwachungs- und Kontrolltechnologien gefördert wird. In diesem Rahmen werden reale, bekannte, gegenwärtige menschliche Güter auf dem Altar theoretischer, unbekannter, zukünftiger biologischer Risiken geopfert.
- 2 ... schreibt vor, dass verschiedene Probleme – beispielsweise soziale, ökologische, wirtschaftliche – zu Fragen der öffentlichen Gesundheit umgedeutet und anschliessend zu Krisen der öffentlichen Gesundheit erklärt werden. Dieses Regierungsmodell führt dazu, dass wir von einer erklärten Krise zur nächs-

- ten springen, und jedes Mal macht die Exekutive die Notwendigkeit aussergesetzlicher oder aussergerichtlicher Befugnisse zur Bewältigung des erklärten Notfalls geltend.
- 3 ... nimmt die Rechtsform eines Ausnahmezustands an, der durch laufende Notfälle ausgelöst wird: Hypothetische Risiken nach «Worst Case»-Logik rechtfertigen in dem Fall extreme Reaktionen, die eine systematische Kontrolle der gesamten Bevölkerung erfordern. Der angebliche Schutz der öffentlichen Gesundheit hat Vorrang vor den Rechten des Einzelnen oder der Privatsphäre, und Gesundheit wird justiziable Bürgerpflicht.
 - 4 ... treibt die Industrie zu Systemen algorithmisch gesteuerter Automatisierung, in denen der Mensch zunehmend überflüssig wird. Er wird auf sein pures biologisches Leben reduziert – eine bloße Ansammlung von Muskeln, Sehnen, Bändern und Knochen – mit einem bedauerlichen Energie- und Ausscheidungsbedarf.
 - 5 ... betrachtet alle Rationalität als rein instrumentell und zerstört damit die Möglichkeit gemeinsamer universeller Wahrheiten. Philosophisch gesehen ist die entsprechende Erkenntnistheorie Szientismus, die Metaphysik ist Materialismus, und Ethik ist der von einer klerikalen Elite vorgegebene Lauf der Geschichte.
 - 6 ... nimmt die religiöse Form des revolutionären Neognostizismus an, der alle in unserem Körper erfahrbaren, materiellen Beschränkungen überwinden will. Eine elitäre Klasse nicht gewählter, aber ausgewiesener bürokratischer Manager verwaltet das System. Diese Technokraten bewegen sich in der virtuellen Welt der Bildschirme und Software, während sie die Körper derjenigen kontrollieren, die sich in der realen Welt der körperlichen Arbeit bewegen.
 - 7 ... nimmt die politische Form des Korporatismus an, der mit dem Faschismus in seiner ursprünglichen und engeren Bedeutung übereinstimmt. Dieses politische System treibt die Entper-

sönlichung und Entfremdung auf die Spitze und stellt ein entmenslichendes Regime dar, das sich unweigerlich in Richtung Totalitarismus bewegt.

Mir ist bewusst, dass dieses Narrativ bei Ihnen bereits ein gewisses Mass an Pessimismus hervorgerufen haben mag. Wir können jedoch Hoffnung daraus schöpfen, dass der entstehende biomedizinische Überwachungsstaat nicht vollkommen ungehindert vorangeschritten ist. Hoffnungsvolle Zeichen des Widerstands sind sichtbar, doch benötigen wir noch mehr davon.

Die vergangenen Jahre waren Zeuge der grössten Massenprotestbewegung der Weltgeschichte. Die Bewegung für medizinische Freiheit erstreckte sich von Amerika über Europa bis nach Indonesien und Australien. Es wäre verzeihlich, wenn Sie nichts davon mitbekommen hätten, denn die Medien waren fast vollständig ausgeschaltet. Die in den Sozialen Medien geteilten Fotos und Videos waren jedoch kaum zu verbergen, weshalb Informationen verfügbar waren und es noch immer sind.²⁹² Hunderttausende Menschen auf der ganzen Welt erhoben sich, um ihre Freiheit zu fordern und sich gegen die neue Abnormalität, den Medizinischen Faschismus zu wehren.

Die Deutschen machten den Anfang und protestierten gegen die Lockdowns und die Maskenpflicht am 1. und am 29. 8. 2020. Die Bewegung schwappte über in andere Länder: In Italien versammelte sich im November 2021 eine Menschenmenge in Rom. Von dort aus breiteten sich die Proteste über den gesamten europäischen Kontinent aus, mit bedeutenden Versammlungen in der Tschechischen Republik am 13. November, in Wien am 10. Dezember, Barcelona am 13. Dezember und in Paris an den Tagen vor Weihnachten. Auch in der Schweiz kam es zu Protesten.²⁹³ In Australien, das einige der repressivsten biomedizinischen Sicherheitsmassnahmen der Welt an-

ordnete, kam es ab November 2021 in verschiedenen Städten zu Grossversammlungen, die mehrere Wochen lang anhielten.

Die Franzosen forderten *liberté* in Paris, und in London wehrten sich die Briten gegen die Impfpflicht und andere Einschränkungen. Die Demonstranten in Barcelona protestierten unter anderem gegen die Maskenpflicht und den Totalitarismus. Italiener erhoben sich in Turin, Neuseeländer wehrten sich gegen ihre autokratische Premierministerin, die sich an der Pandemie zu berauschen schien, und in Österreich gingen die Bürger ein ganzes Wochenende lang auf die Strasse, um zu protestieren. Massenproteste fanden auch an unerwarteten Orten wie Tiflis in Georgien statt.

Die italienische Regierung hatte im Oktober 2021 sämtlichen Arbeitnehmern die Impfpflicht auferlegt. Zu diesem Zeitpunkt waren vierzig Prozent der Hafenarbeiter in Italiens bedeutendstem Handelshafen, Triest, noch nicht gegen COVID-19 geimpft. Die meisten von ihnen weigerten sich, der Aufforderung nachzukommen, und begannen einen wochenlangen Streik gegen die Impfpflicht. Die örtliche Polizei vertrieb die streikenden Arbeiter schliesslich gewaltsam aus dem Hafen. Daraufhin verlagerten sie ihren Protest auf die *Piazza Unità d'Italia*, den Hauptplatz der Stadt Triest. Auch hier wurden sie von den Behörden gewaltsam entfernt. Ende Oktober 2021 verbot die örtliche Regierung sämtliche Proteste auf dem Hauptplatz unter dem fadenscheinigen Vorwand der Gesundheitssicherheit, der Sorge, dass die Demonstrationen zu einer Ausbreitung von COVID-19 führen könnten.²⁹⁴

Widerstandsbewegungen in anderen Ländern stiessen häufig auf heftigere Vergeltungsmassnahmen und Repressionen – der biomedizinische Sicherheitsstaat ging gegen zahlreiche Demonstranten gewaltsam vor. Beispielsweise schlug die Polizei bei der Festnahme eines Niederländers auf einem Weihnachtsmarkt brutal auf diesen ein, weil er keinen Impfpass vorweisen konnte. Die österreichische Poli-

zei trieb Demonstranten zusammen und nahm sie fest, ebenso wie die kanadische berittene Polizei. Die belgische Polizei zeigte ihre autoritären Instinkte gegenüber den Impfpflichtgegnern, indem sie in Einsatzkleidung auf sie zu marschierte und die Demonstranten mit Feuerlöschern besprühte. Auf Videos der belgischen Polizei, die später aus dem Internet entfernt wurden, war ebenfalls zu sehen, wie Beamten wehrlose Demonstranten verprügelten. In den USA verhaftete die Polizei in New York City in zwei aufeinanderfolgenden Nächten zehn Demonstranten, die gegen die Impfpflicht protestierten, einschliesslich der Anführer. Ihr Verbrechen? Sie hatten sich ohne Impfnachweis in zwei Restaurants im Stadtteil Queens aufgehalten und sich geweigert, die Lokaltäten zu verlassen.²⁹⁵ In der Zwischenzeit lieferten uns die Apologeten in den westlichen Medien Schlagzeilen wie: *Only Surveillance Can Save Us from Coronavirus* (Nur Überwachung kann uns vor dem Coronavirus retten), mit der Überschrift: *big data offers tools to stop the pandemic-if only we change our definition of privacy* (Big Data bietet Werkzeuge, um die Pandemie zu stoppen – wenn wir nur unsere Definition von Privatsphäre ändern).

Wir können aus dieser Massenbewegung Mut schöpfen und von ihren couragierten Teilnehmern lernen. Wenn wir die Entwicklungen ablehnen, die uns der biomedizinische Überwachungsstaat aufdrängen möchte, sind wir nicht allein. Der Widerstandskampf wird jedoch langwierig und mühsam sein. Das neue Paradigma des Regierens wird ständige Krisen erfordern, die immerwährende Ausnahmezustände auslösen. Nachdem sämtliche Möglichkeiten, die COVID-19 bot, ausgeschöpft wurden und für die Massen nicht mehr plausibel sind, wird die nächste erklärte Krise – ob real oder künstlich geschaffen – nicht lange auf sich warten lassen.

Zu den greifbaren Zeichen der Hoffnung gehört auch der Freiheitskonvoi der kanadischen Lastwagenfahrer, auf den ich zu Be-

Vice, Magazin 72
Viren, Bedrohung durch 83
Virusvermehrung 132
Vitamin-D-Spiegel 85
Vivisektion 24
Voegelin, Eric 109
Vogelgrippe 45
Völkermord 109
Volksgesundheit 20, 27, 110
Vorsehung 341
Vorsorgeuntersuchungen 266
Voting Rights Act 49

W

Wahrheit 329
 Recht auf 283
 universelle 286
Währungen, digitale 246, 308
Währungsfonds, Internationaler 247
Walensky, Rochelle 95
Wall Street Journal 136
Washington Post 59
Washington State Department of Labor
and Industries 65
WEF, *siehe Davos*
Weil, Simone 332–333, 336
Weimarer Verfassung 98
Weissman, Jeremy 76
Weltherrschaft 234, 258
Werte
 qualitative und quantitative 108
 transzendente 109
Whistleblower 206–207
WHO-China-Mission 153
Widersprüche 218
Widerstand 32, 287
 gewaltloser 284
Widerstandsbewegung 288
Wildgänse, Erreger 91
Wilson, Woodrow 19
Wired, Magazin 91
Wirtschaftskonglomerate 80
Wissenschaft 105, 112

Wissensmonopol 106
Wolf, Naomi 197
World Economic Forum 46
 siehe auch Davos
World Health Organisation (WHO),
 Abhängigkeit 154
Worst Case-Logik 286
Wuhan 90, 131, 153
Wuhan Institute of Virology 31, 222
Wyden, Ron 74

X

X, Online Plattform 76
Xi, Jinping 75, 155

Y

Yaacov, Ayish 70
Yehuda, Limor 70

Z

Zamagni, Stefano 270
Zensur 89, 138, 305, 307, 309
Zentralbankwährung, digitale 212, 246,
 248, 252, 308
Zerstörung
 aggressive 115
 schöpferische 114
Zivilisation 113
Zuboff, Shoshana 248
Zulassungsverfahren
 Arzneimittel 204
 Coronaimpfstoff 161, 194
Zustimmung, informierte 27–28, 121,
 137, 139
Zwang, psychischer 126
Zwangsimpfung 45, 84, 132–133
Zwangsmassnahmen,
 medizinische 121, 282
Zwangssterilisation 17, 19–21
Zweidosis-System 129
Zweiklassengesellschaft 126, 228
Zylberman, Patrick 46

dȳcorso.

befreit die medien .

Politik, Medien und Wissenschaft entgleisen zunehmend. Es wird immer klarer, dass Kommunikation und Bildung gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind.

Dies hat uns veranlasst, die Verlagsgenossenschaft dȳcorso. in der Schweiz zu gründen. Unsere Mitglieder sind Eigentümer, Partner und Entscheidungsträger.

Wir laden Sie ein, aktiv an der Neugestaltung eines offenen gesamtgesellschaftlichen Diskurses teilzuhaben.

dȳcorso. ist ☒ frei von Ideologie.

☒ frei von politischen oder wirtschaftlichen Einzelinteressen.

☒ frei von Trends und Moden.

☒ frei von vermeintlichem oder verordnetem Konsens.

dȳcorso. ist allein dem offenen Diskurs verpflichtet.

Mit dȳcorso. setzen wir neue Impulse für ein aktives Bürgertum, damit der Traum vom passiven Wähler nurmehr die nostalgische Vorstellung einer Politik von gestern bleibt.

Informieren Sie sich über unser Programm und die Möglichkeiten Ihrer Mitgliedschaft unter

www.discorso.ch

dȳcorso.

Verlagsgenossenschaft

Unterer Batterieweg 3 ■ CH 4053 Basel

Weitere Titel von diȳcorso.



Wolfgang Stölzle
Günter Roth
(Hrsg.)
Mut zum Widerspruch
*Dissidenten der Alternativ-
losigkeit berichten*

Der Mensch ist vernunftbegabt und zur Freiheit fähig – dieses zentrale Versprechen der Aufklärung gerät immer mehr in Gefahr.

In diesem Buch brechen renommierte Denker und Wissenschaftler das Schweigen. Sie berichten schonungslos und sehr persönlich, wie sie dem herrschenden politischen Narrativ und einer ideologisch vereinnahmten Wissenschaft widersprochen haben – und welchen hohen Preis sie dafür zahlen mussten: berufliche Zerstörung, gesellschaftliche Ächtung und politische Verfolgung.

Mit Beiträgen von:

- Daniele Ganser
- Ulrike Guérot
- Michael Meyen
- Andreas Sönnichsen
- Christian Dettmar
- Carola Javid-Kistel
- u. v. m.

Herausgegeben von Wolfgang Stölzle und Günter Roth.

Dieses Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für **Zivilcourage**, freie Rede und die Rückbesinnung auf die Grundwerte einer offenen Gesellschaft. Es zeigt: Der Mut zum Widerspruch ist der Motor echter gesellschaftlicher Veränderung.

400 Seiten | Hardcover | CHF/€ 29,80
ISBN: 978-3-9997-0000-7 | ISBN: 978-3-9997-0001-4 (E-Book)

diȳcorso.



Die «Impfung» *Versprechen und Wirklichkeit genbasierter Impfstoffe*

Eine Analyse der modRNA/LNP-Technologie aus Sicht von Naturwissenschaft, Medizin und Recht

Herausgegeben von Renate Holzeisen,
Andreas Schnepf, Klaus Steger und N. N.

Sie schützt nicht vor einer Infektion. Sie schützt andere nicht vor Ansteckung. Sie bringt bisweilen schwerste Nebenwirkungen mit sich, manchmal auch den Tod. Plötzlich und unerwartet.

Die Rede ist von einer neuartigen gentechnischen Injektion, die von WHO, Unternehmen, Politikern, Journalisten und Medizinern zur «Impfung» umdeklariert und den Menschen als unbedenklich, nebenwirkungsfrei und hochwirksam versprochen wurde.

Tatsächlich zeichnet sich mit der Einführung der modRNA/Lipid-Nanopartikel-Technologie das Bild eines bis dato in der Geschichte beispiellosten gentechnischen Menschenversuchs ab. Ein deutscher Kanzlerkandidat bezeichnete die betroffenen Menschen am 3. September 2021 auch so folgerichtig wie zynisch als «Versuchskaninchen».

Begleitende Kohortenstudien, systematische Erfassung und öffentliche Diskussion möglicher Neben- oder Spätwirkungen: Fehlanzeige. Das «Scheitern» von Behörden, Politik, Medien und Recht ist in der Geschichte westlich geprägter Gesellschaften beispiellos.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema «Coronaimpfung» ist so schmerzhaft wie notwendig. Sie ist von den Bürgern selbst in die Hand zu nehmen, nachdem alle beteiligten Verantwortlichen nur-

mehr daran interessiert zu sein scheinen, ihre Entscheidungen und ihr Handeln zu vertuschen oder vergessen zu machen.

Ausgehend von einer fachlichen Analyse der Corona-Krise, geben die Autoren in den sechs Teilen dieses Buchs einen Überblick über Wirkungsweise, Zulassungsfragen und Nebenwirkungen der modRNA/LNP-Technologie. Darüber hinaus werden diagnostische Möglichkeiten und therapeutische Ansätze zur Therapie von Begleitfolgen der Gen-Injektion beschrieben. Im letzten Teil wird die bisherige und künftige Entwicklung der nukleinsäurebasierten Technologie diskutiert. Ein weiteres Mal sollte kein Mensch durch die politisch Verantwortlichen überrumpelt werden und wissen, worauf er sich einlässt, wenn er künftig nukleinsäurebasierte Therapien nutzt. Aufklärung tut not.

Mit Beiträgen von:

Dr. Tanja Efinger, Dr. Christian Fiala, Dr. Gunter Frank, Prof. Dr. Steffen Hauptmann, Dr. Andrea Hellwig-Lenzen, Prof. Dr. Albrecht Hempel, DDr. Renate Holzeisen, Dr. Georg Kafka, Dr. Kai Klapproth, Prof. Dr. Boris Kotchoubey, Dr. Ute Krüger, Tom Lausen, Dr. Michael Mörz, Prof. Dr. Andreas Schnepf, Prof. DDr. Christian Schubert, Dr. Dirk Volker Seeling, Dr. Andreas Sönnichsen, Prof. Dr. Klaus Steger, Dr. Helmut Sterz, Kristina Wolff, Dr. Jutta Ziegler und nomen nomen (N. N.)

ca. 750 Seiten | zahlreiche farbige Abbildungen | Hardcover
ca. CHF/€ 89,00

ISBN: 978-3-9997-0008-3 | ISBN: 978-3-9997-0009-0 (E-Book)

diȧcorso.



Harald Walach
Transhumanismus
Welche Zukunft wollen wir?

**Transhumanismus –
der unumkehrbare Weg**

Unsere Kultur ist von transhumanistischen Ideen schon tiefer durchdrungen als mancher es vermuten mag. Deshalb ist es notwendig, dass wir uns mit Hintergründen und Zielen dieser Weltsicht auseinandersetzen, denn Transhumanismus ist mehr als eine Ideologie, er trägt auch Züge einer postmodernen Religion.

«Gott ist tot – wir sind Gott!» Diesen Satz bestätigen laut einer repräsentativen Studie bereits 20 Prozent der Bevölkerung. Es ist eine materialistische Weltsicht, die den Menschen in der Lage sieht, die Evolution in die eigenen Hände zu nehmen. Transzendenz, Demut vor der Schöpfung oder nur vor der Komplexität biologischer Systeme treten angesichts szientistischer Euphorie in den Hintergrund.

Die Medizin ist eines der wichtigsten Felder für die Verwirklichung transhumanistischer Fantasien oder auch die Transgender-Ideologie.

Wie weit reicht der Optimierungswahn des Menschen? Wo definieren wir die Grenzen zwischen Therapie und Enhancement? Was verbindet uns mit dieser Welt und wie können wir unsere Verwurzelung in ihr wiederfinden?

Es gilt, die transhumanistische Denkweise und ihre Auswirkungen auf die Wirklichkeit zu verstehen, wenn wir als Gesellschaft unsere Zukunft wieder eigenverantwortlich gestalten wollen.

Zum Autor: Prof. DDr. Harald Walach (*1957 in Augsburg) ist ein deutscher Psychologe, Wissenschaftshistoriker und Publizist, der vor allem durch seine Arbeiten zu Komplementärmedizin, Achtsamkeitsforschung und erkenntnistheoretischen Fragen bekannt wurde.

304 Seiten | Hardcover | CHF/€ 29,80

ISBN 978-3-9997-0006-9 | ISBN 978-3-9997-0007-6 (E-Book)